

# S I D

Society for International Development

Chapter Bonn

---



**Nachlese zum 5. Gespräch mit der Praxis**

## **LOHNT SICH DAS ENGAGEMENT IN KRISENGEBIETEN?**

**Überlegungen aus Sicht der Landesvertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in  
den autonomen palästinensischen Gebieten Michèle Auga**

### I. EINLEITUNG

Frau Bartoldus begrüßte die Anwesenden im Namen von SID und der Friedrich-Ebert-Stiftung und übergab der Landesvertreterin der FES für die autonomen palästinensischen Gebiete, Frau Michèle Auga, das Wort.

### II. VORTRAG

Frau Auga stellte an den Anfang ihres Vortrags die Frage, ob sich das Engagement in Krisengebieten lohne. Sie habe sich dies während der letzten vier Jahre, der Zeit der II. Intifada, immer wieder gefragt. Gerade im letzten Jahr habe die Frage an Brisanz gewonnen, ob die Arbeit der FES in den besetzten Gebieten ihrem bisherigen Selbstverständnis nach überhaupt noch Sinn mache.

Nach diesen einleitenden Überlegungen stellte Frau Auga jedoch zunächst kurz die Grundlagen für den Beginn des Engagements politischer Stiftungen in Krisengebieten dar. Ausgelöst durch die Balkankrise in den 90er Jahren, sei man zu der Erkenntnis gekommen, Präventionsinstrumente allein seien nicht mehr ausreichend, um Kriege und innerstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern. Die Folge sei eine Umorientierung der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik gewesen sowie die Einsicht, dass der Einsatz von militärischen Mitteln nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden könne. Allerdings solle ein solcher Einsatz einhergehen mit einem umfassenden Lösungsansatz, der neben dem sicherheitspolitischen Aspekt auch gesellschaftspolitische, wirtschaftliche, humanitäre und kulturelle Elemente enthalten müsse. So stelle das Gesamtkonzept der Bundesregierung für Krisenprävention und Konfliktbewältigung eine Verbindung von Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur- und Rechtspolitik dar. Die Einbindung nichtstaatlicher Akteure beim Abbau struktureller Konfliktursachen und zur Förderung gewaltfreier Konfliktbearbeitung werde dabei besonders hervorgehoben. Gerade die politischen Stiftungen spielten hierbei eine besondere Rolle.

Frau Auga erläuterte, dass hinter der Arbeit der politischen Stiftungen die Annahme stehe, eine Zunahme demokratischer Strukturen führe zu mehr Stabilität und Frieden. Vor Ort in den jeweiligen Einsatzländern arbeiteten die Stiftungen jedoch oft in einem Spannungsfeld zwischen dieser theoretischen Annahme einerseits und den machtpolitischen Realitäten andererseits. Es stellten sich dabei u.a. Fragen wie: wo die Grenzen von Stiftungsarbeit in Krisenländern lägen? Wann sei der Grundsatz des „Do-no-harm“ gefährdet? Welche Grundvoraussetzungen für Stiftungsarbeit müssten gegeben sein, um sie nachhaltig gestalten zu können?

Am Beispiel der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Palästinensischen Autonomiegebieten solle diesen Fragen nachgegangen werden. Im Verlauf der so genannten II. Intifada sei die Arbeit

der FES erstmals derart gefährdet gewesen, dass eine Entscheidung hinsichtlich der Zukunft des Projekts angestanden habe. Frau Auga wies an dieser Stelle darauf hin, dass die Bezeichnung I. und II. Intifada irreführend sei, da beide nicht viel miteinander gemein hätten, weil die erste mehrheitlich von Volk getragen gewesen wäre, während die zweite eine Ausuferung von Gewalt sei, die wenig Rückhalt in der Bevölkerung habe.

Die II. Intifada habe dazu geführt, dass der Arbeit der FES in Palästina drei Grundlagen entzogen worden seien:

1. Erstens sei die persönliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet gewesen, da Mitarbeiter, anders als noch bei der I. Intifada, direkt gefährdet und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt gewesen seien, unter anderem, da sie nicht als internationale Helfer zu erkennen seien. So sei es beispielsweise oft nicht zu verantworten, Jerusalem zu verlassen. Lange Zeit sei es gar nicht möglich gewesen, in Gaza einzureisen. Lokale Mitarbeiter, die aus Jerusalem stammten, könnten sich ebenfalls nicht frei bewegen. Außerdem habe das deutsche Vertretungsbüro in Krisenzeiten die direkte Aufforderung gegeben, das Haus nicht mehr zu verlassen.
2. Zweitens seien die Projektziele, also die „Raison d’être“ der FES, in Frage gestellt worden. Durch die frühere Blockadehaltung der Autonomiebehörde habe man sich besonders auf die Zivilgesellschaft ausrichten müssen. Dieser Schwerpunkt habe Vor- und Nachteile. Mit einer einseitigen Unterstützung der Zivilgesellschaft sanken die Einflussmöglichkeiten der Stiftung auf Regierungskreise. Außerdem schwinde in der Konzentration auf die Zivilgesellschaft die Angst mit, auf die Zeit vor den Osloer Verträgen zurückzufallen, in der viele Organisationen die Aufgaben des Staates übernommen hätten.
3. Drittens haben sich die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen durch das Scheitern des Friedensprozesses verändert. So sei die Grundlage für die Anwesenheit der FES, ein Einverständnis beider Seiten mit ihrer Anwesenheit, weg gebrochen.

Durch die Wahl von Machmut Abbas zum Präsidenten habe die Intifada ein Ende gefunden, auch wenn man dieser Neuorientierung noch mit realistischer Skepsis begegnen müsse. Trotzdem habe die FES die Flucht nach vorne angetreten und ein Büro im Gaza-Streifen angemietet. Es ergäben sich nun neue Entwicklungsperspektiven für das Projekt. Die folgenden Annahmen sollten dabei im Mittelpunkt stehen:

- Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Palästinensischen Autonomiegebieten könne nur erfolgreich sein, wenn beide Konfliktparteien, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), dieser Arbeit zustimmten. In der Vergangenheit habe es insbesondere mit extremen Kräften in Israel Schwierigkeiten gegeben.
- Der strategische Ansatz für die gesellschaftspolitische Arbeit in den Palästinensischen Autonomiegebieten dürfe sich nicht nur auf die nichtstaatlichen Akteure konzentrieren. „Friedenspolitisch relevante Partner“ müssten sowohl auf der Regierungs- als auch auf der Nichtregierungsebene unterstützt werden. Dabei stelle sich auch die „Gretchenfrage“, wie man es mit der Hamas halte. Die Hamas wolle an den anstehenden Parlamentswahlen teilnehmen und werde erwartungsgemäß 20-25% der Stimmen erhalten. Es werde sich also die Frage stellen, wie man sich ihr gegenüber verhalte.
- Die autoritären Strukturen der Autonomiebehörde müssten als solche „angenommen“ werden, um sie langfristig aufbrechen zu können. Eine Grenze müsste dort gezogen werden, wo – von der PA legitimiert - Gewalt zum Mittel der Politik werde. Gleiches gelte auch für außerparlamentarische Oppositionsgruppen. In der Praxis sei zwischen Projektpartnern und Gesprächspartnern zu unterscheiden, dabei könne die Hamas unter bestimmten Umständen nicht zu Projekt-, aber wohl zu den Gesprächspartnern gehören.
- Die Unterstützung einer organisierten Opposition könne auch während einer Phase des relativen Stillstands der Politik erfolgen. Sie müsse nicht unmittelbar zur Ablösung autoritärer Machtstrukturen führen, könne diese jedoch zwingen, Reformen einzuleiten, wie das Beispiel Mubadara zeige.

Frau Auga zog das Fazit, der Einsatz in Krisengebieten lohne sich, solange die Krisenparteien die Anwesenheit wünschten, die Sicherheit der Mitarbeiter gewährleistet sei und die Stiftungen auf nichtsstaatlicher und staatlicher Ebene kooperieren könnten.

### III. DISKUSSION

In der Teilnehmerrunde kamen zunächst Verständnisfragen auf, beispielsweise die, was die Arbeit der FES vor Ort konkret ausmache.

Frau Auga erklärte, dass die FES klassische Projektarbeit betreibe, und nannte folgende Beispiele:

- Frauenförderung (politische Schulungen, bspw. für Kandidatinnen bei den Wahlen)
- Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes für die de facto geteilte Stadt Jerusalem in Zusammenarbeit mit dem für Israel zuständigen Büro der FES
- Kooperation mit der NRO „Passia“ zum Dialog zwischen Israelis und Palästinensern sowie Studien dazu
- Filmvorführungen aus Flüchtlingslagern aus aller Welt im Rahmen eines „Film-Clubs“ in palästinensischen Flüchtlingslagern

Ihr Büro in Jerusalem, so fuhr sie fort, bestehe aus einer entsandten Mitarbeiterin, zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern, einer Sekretärin und einer Buchhalterin. Der Radius, den das Büro abdecke, variere je nach politischer Lage stark. So erfasse dieser in schlechten Zeiten nur Jerusalem, häufig inklusive Ramallah, in guten Zeiten die Westbank und in sehr guten Zeiten Gaza. Dies sei bedauerlich, da sie gerne für das ganze Land zu Verfügung stünden, liege aber an der mangelnden Bewegungsfreiheit. Palästinenser aus der Westbank oder Gaza könnten nicht nach Jerusalem einreisen, weshalb die FES zu ihnen kommen müsse. Man könne täglich telefonisch oder per E-Mail mit dem israelischen Büro in Tel Aviv kommunizieren.

Auf die Frage nach der Tätigkeit des Mitarbeiters in Gaza antwortete Frau Auga, er arbeite vor Ort mit den palästinensischen Partnerorganisationen. Da es sich bei dem Mitarbeiter um eine palästinensische Ortskraft handle, könne er nicht ohne eine spezielle Erlaubnis der israelischen Behörden in die Westbank reisen.

Zur Frage nach der Definition von säkularen Gruppen erläuterte Frau Auga, die größte Gruppe sei die Fatah. Beinahe alle Gruppen fänden sich unter dem Schirm der PLO; bis vor kurzem habe es fast keine (säkulare) Gruppe außerhalb der PLO gegeben, die nicht islamistisch gewesen sei. Jetzt gebe es eine neue Bewegung, die so genannte Mubadara unter dem Arzt und Gegenkandidaten zu Abbas, Dr. Mustafa Barguti. Diese soziale Bewegung habe bei den Wahlen auf Anhieb 20% erreicht.

Die Frage eines Diskussionsteilnehmers, was ohne den Tod Arafats gewesen wäre, beantwortete Frau Auga damit, dass die FES das Land nicht verlassen hätte. Es hätte allerdings vermutlich eine Umorientierung stattgefunden, durch die die Arbeit noch stärker auf die Zivilgesellschaft ausgerichtet worden wäre. Zudem hätte sich die FES für einen verstärkten Informationsfluss aus den Palästinensergebieten nach Deutschland bemüht.

Im Hinblick auf die Kooperation der FES mit anderen politischen Stiftungen erläuterte Frau Auga, diese hätten sehr unterschiedliche Konzepte. Dies zeige sich auch an den Standorten der jeweiligen Büros. So unterhalte die KAS in Westjerusalem ein Büro für Israel, und in Ramallah eines für die Palästinenser, die Böll-Stiftung in Tel Aviv eines für die Israelis und in Ramallah eines für die Palästinenser, die Seidel-Stiftung ein gemeinsames Büro in Westjerusalem und die Naumann-Stiftung ebenfalls ein gemeinsames in Ostjerusalem. Die Büros wüssten voneinander und hätten regelmäßige Konsultationen, allerdings nur für die jeweiligen Landesgruppen.

Die Moderatorin Frau Bartoldus ergänzte hernach, es existiere eine Aufgabenvorlage, nach der sich die politischen Stiftungen einmal im Jahr treffen müssten.

Zur Frage, ob die Israelis der Anwesenheit der FES unterstützten, antwortete Frau Auga, dass die Reaktion Israels auf das Engagement der FES zunächst sehr positiv gewesen sei, da es davon ausgegangen sei, die Arbeit der FES würde die Palästinenserregierung stärken und damit wäre ein demokratischer Frieden möglich. Konkret habe Israel die Oberhoheit über Jerusalem, so dass auch die Mitarbeiter der FES in Israel registriert seien. Im Gegensatz zu früher habe man nun

aber nicht mehr das Gefühl, die Arbeit der FES werde unterstützt. Allerdings sei dies eher auf ein allgemeines Klima in Israel zurückzuführen und sei keine Aufforderung, die Arbeit aufzugeben.

Auf die Frage einer Anwesenden, ob der zuständige Mitarbeiter der FES in Israel nicht dazu beitragen könne, die Beziehungen zu verbessern, entgegnete Frau Auga, leider stehe die FES den Politikern der Likud-Partei nicht so nahe. Sie habe mehr Einfluss auf die Arbeiterpartei. Außerdem dürfe man den großen Einfluss, den das Thema Sicherheit auf die israelische Politik habe, nicht außer Acht lassen.

Eine Diskussionsteilnehmerin fragte, wie die Reaktion der beiden Konfliktparteien auf den jüngsten Anschlag gewesen sei, und ob die Zurückhaltung Israels nicht als Chance gewertet werden könne. Frau Auga berichtete, entgegen der Stimmung in Deutschland und in den Medien habe sich die Situation vor Ort nicht verändert. Die Lebensbedingungen der Palästinenser hätten sich kein Stück verbessert. So sei die Reaktion der Palästinenser auf den Anschlag höchstens zynisch, da sie ihn erwartet hätten. Das Interesse der Gruppen, die Anschläge verübten, sei kein Frieden, deshalb gäbe es für sie keinen Grund, den Terror einzustellen. Selbst bei der Aushandlung eines sehr positiven Friedens würden diese Gruppen nicht aufhören.

Auch habe es auf den Anschlag von Seiten der israelischen Armee eine Reaktion gegeben, da diese das Dorf des Attentäters abgeriegelt und sein Haus durchsucht habe, wobei „Kollateralschäden“ zu beklagen gewesen seien. Der angekündigte Abzug aus Jericho sei zudem nicht erfolgt und der „Sicherheitszaun“ sei weitergebaut worden.

Ein Anwesender erkundigte sich, wie es möglich sei, in einer solch angespannten Situation angemessen zu reagieren. Wie könne man mit der täglichen Diskriminierung der Palästinenser durch die Israelis konstruktiv und ohne Hass umgehen. Frau Auga wies darauf hin, dass sie selbst als Ausländerin in dieser Situation vollkommen privilegiert sei. Sie persönlich löse das Problem der Wut, die entstehe, wenn man die Behandlung der Palästinenser sehe, indem sie sich bemühe, in den israelischen Soldaten weiterhin Menschen zu sehen. Sie wolle sich gegen diese „Entmenschlichung“ stellen. Außerdem halte sie den Kontakt zu Israel, habe dort Freunde und Bekannte und besuche von Zeit zu Zeit Cafes in Israel, um sich die andere Seite der permanenten Angst vor Augen zu führen. Zudem reise sie immer wieder aus dem Krisengebiet aus.

Zur Frage, ob sich die Bedrohung der Länder Irak, Iran und Syrien auch auf Israel und Palästina ausgewirkt hat, bezifferte Frau Auga zwei Entwicklungen.

1. Erstens finde eine Verabschiedung vom Arabismus statt, da die Palästinenser eingesehen hätten, dass sie dabei nur instrumentalisiert würden.
2. Zweitens suche Abbas wieder Kontakt in diese Regionen.

Ansonsten habe es bisher vor Ort keine Reaktionen gegeben.

Ein Diskussionsteilnehmer betonte, dass die Stiftungen als entwicklungspolitischer „Luxusperiment“ ja gerade trotz Krisensituationen im Land bleiben müssten. Die Arbeit der Stiftungen sei von enormer Wichtigkeit, wie sich daran zeige, dass die FES die Mubadara-Bewegung unterstütze und Informationen nach Deutschland leite. Die Zivilgesellschaft habe einen sehr erfolgreichen Platz im Lande eingenommen. Frau Auga bedankte sich für das Lob, verwies aber auf die Notwendigkeit, die persönliche Sicherheit der Mitarbeiter zu gewährleisten.

Die Frage, wie die Berührungspunkte mit der Hamas, die immer mehr von der Terrororganisation zur politischen Organisation werde, seien, da die FES ja quasi mit ihren politischen Konkurrenten kooperiere, beantwortete Frau Auga mit der geringen Relevanz der FES für die Hamas. Diese habe eine Kooperation mit der FES zumindest finanziell nicht nötig, sondern sei höchstens an einer „Imagekampagne“ interessiert. Die FES bestehe aber darauf, dass man der Hamas deutliche Grenzen setzen müsse. Das Beispiel des Gazastreifens, der vollkommen unter der Macht der Hamas stehe, zeige, dass es nötig sei, der Hamas etwas entgegensetzen. Es sei der FES wichtig bei ihren Partner das Bewusstsein zu entwickeln, dass eine Demokratie wehrhaft sein müsse.

Des Weiteren stelle sich selbstverständlich das Problem, dass man nie genau wisse, ob ein Teilnehmer eines Workshops von der Hamas sei oder nicht. Bisher hätten die Stiftungen keine festen Grenzen, was den Dialog mit der Hamas angehe. In der FES vertrete man die Ansicht,

dass man zwischen Projekt- und Gesprächspartnern differenzieren müsse. Allerdings, so fügte Frau Auga hinzu, sollte der Bedarf entstehen, kommuniziere sie nicht selbst, sondern nur über einen palästinensischen Partner mit der Hamas.

Ein Anwesender merkte an, er kommuniziere regelmäßig mit der „Business Community“ in Ramallah und habe dort durchaus eine positive Reaktion und bessere Stimmung seit dem Amtsantritt Abbas beobachtet. Auch innerhalb der Fatah sehe er viel Bewegung. Er wundere sich über die große Unkenntnis beider Seiten über die jeweilige Situation des Anderen. Wie könne man die Bereitschaft beider Seiten, miteinander zu reden, erhöhen und wie könnten die Stiftungen solche Projekte fördern. Frau Auga entgegnete, es existierten so genannte „People-to-People-Projekte“, in denen die FES früher sehr aktiv gewesen sei, sich mittlerweile jedoch etwas aus diesem Bereich zurückgezogen habe. Es gebe zwar noch ein Kooperationsprojekt mit dem Büro Israel, der Bereich sei allerdings kein Schwerpunkt mehr.

Zum Thema Bewegung in der Fatah bestätigte Frau Auga, es existiere ein Generationenkonflikt innerhalb der Organisation. Die Ansetzung des Fatah-Kongresses auf einen Termin nach den Parlamentswahlen habe einen großen Rückschlag für die junge Gruppe der Fatah bedeutet, da so vor den Wahlen keine neue Liste entstehen könne. Der Generationenwechsel brauche vielleicht noch längere Zeit.

Auf die Frage, ob die Mubadara in Gaza gar keinen Einfluss habe, antwortete Frau Auga, die Bewegung sei in Gaza schon aktiv, habe allerdings aus logistischen Gründen nicht an den Kommunalwahlen teilnehmen können. Für die Parlamentswahlen hofften sie auf ein besseres Abschneiden in der Westbank.

Zum ebenfalls angesprochenen Problem der palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Staaten, die nicht zurückkehren könnten und integriert werden müssten, sagte Frau Auga, hier gäbe es keine Lösung ohne die arabischen Staaten. Viele der Flüchtlinge wollten oder könnten nicht zurückkehren. Die Flüchtlinge forderten eine gerechte Lösung, die erstens aus einer Anerkennung des Problems durch Israel und zweitens aus einer Art Lastenausgleich bestünde. Hierfür gäbe es die Idee eines internationalen Fonds. Es sei den palästinensischen Politikern durchaus bewusst, dass sie zur Lösung des Problems mit den arabischen Staaten zusammenarbeiten müssten.

Frau Auga verlieh ihrer Überraschung Ausdruck, wie wenig Details in Deutschland über den Zaun/die Mauer bekannt seien. Die Vorstellung sei oft, der Zaun trenne Israelis von Palästinensern, während er aber de facto Palästinenser von Palästinensern trenne. Auch Politiker hätten sich bei Besuchen sehr überrascht darüber gezeigt.

Eine Anwesende erkundigte sich, ob es nicht möglich sei, gemeinsame Seminare mit der palästinensischen Zivilgesellschaft und der außerparlamentarischen Opposition in Israel zu machen. Frau Auga erläuterte, es habe solche Seminare bis zum Beginn der II. Intifada gegeben. Danach seien in Israel selbst die kleinste Sympathie für eine Friedensbewegung regelrecht „weggebombt“ worden.

Zu der Idee, Filme mit Flüchtlingsproblematik aus Deutschland im Zweiten Weltkrieg zu zeigen, gab Frau Auga zu bedenken, dass die Palästinenser dem Vergleich entgegenhalten würden, die Deutschen hätten ja einen Staat gehabt.

Zum Abschluss bat ein Anwesender Frau Auga, ihren Visionen und Wunschvorstellungen für die Zukunft Ausdruck zu verleihen. Sie schloss mit zwei Visionen.

1. Entweder hoffe sie, dass Israel bald erkennen werde, dass es eine Grenze geben müsse, die den palästinensischen Staat auch lebensfähig mache, oder
2. dass es zu einer bi-nationalen Lösung komme, entweder im Rahmen einer Konföderation oder mit einem „One-Man-One-Vote-Prinzip“.

Frau Bartoldus bedankte sich bei der Referentin und den Diskussionsteilnehmern und lud zum Vin d'Honneur ein.